

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 1/2

Er erscheint Sonntags.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 4. Januar 1931

Verlagssitz: Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV.
Fernruf: Berlin 62, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Jahrestwende — Schicksalstwende?

Drei dicke Kreuze macht die Arbeiterschaft hinter das verflossene Jahr, das ihr einen Notstand brachte, der das Maß des Erträglichen weit überschritt. Das Elend der Arbeitslosen und Kurzarbeiter kennt keine Grenzen,

vier Millionen Beschäftigungslose reden eine deutliche Sprache!

Härter denn je hat die Arbeiterschaft um ihre Existenz zu ringen, gegen die von allen Seiten angefüllt wird. Jeder einzelne glaubt, im erwerbstätigen Volke das Objekt gefunden zu haben, das alle Lasten tragen kann. Da ist keiner von allen denen, die sich über dem schaffenden Menschen zu stehen dünken, der selbst und für sich bereit wäre, auch einen Teil zur Behebung der Notstände beizutragen.

Doch über den wirtschaftlich Schwächsten fällt alle Welt her,

um ihn noch tiefer zu drücken in den Strudel des Elends. Mit Ausnahme unserer Gewerkschaften kümmert sich praktisch keiner um die vier Millionen, deren fleißige Hände ruhen müssen, obwohl sie sich so gern regen würden, um durch eigene Arbeit das Brot zum Sattessen zu verdienen. Kältester, menschenfeindlicher Kapitalismus warf sie auf die Straße, unbekümmert um ihr weiteres Schicksal.

Doch damit noch nicht genug. Auch dem noch in Arbeit Stehenden gönnt man sein Einkommen nicht, das er sich doch wahrlich teuer genug verdienen muß.

Um nicht selbst Lasten tragen zu müssen,

drückt man auf ihn und seinen Lohn und versucht so, eigene Verpflichtungen auf den abzuwälzen, dessen wirtschaftliche Lage anscheinend ein Aufbäumen gegen dieses Unrecht verhindert. Man vergißt, daß sich auch der getretene Hund einmal zur Wehr setzt und dann die Zähne nicht nur zeigt, sondern sie auch gebraucht. Uns dünkt jedoch, daß dieser Zeitpunkt nachgerade gekommen sein müßte.

An der Unterdrückung der Arbeiterschaft arbeiteten unsere Kapitalisten mit gut verteilten Rollen. Zuerst haben die Großagrarier mit Hilfe der Reichstags- und Regierungsvertreter der Industrie Hunderte von Millionen an Liebesgaben der verschiedensten Art erhalten, wobei der Kleinbauer das Nachsehen hatte.

Diese Liebesgaben an die Landwirtschaft hat das schaffende Volk durch künstlich hochgehaltene Warenpreise zu bezahlen.

Wesentliche Teile der zum Leben notwendigen und zugleich der wichtigsten Nahrungsmittel könnten um den dritten Teil, ja um die Hälfte und noch mehr im Preise gesenkt werden, wenn

nicht durch außerordentlich hohe Zoll- und Steuerbelastungen ihre Einfuhr gehindert und die Abneigung der Großagrarier zur sinn- und vernunftgemäßen Umstellung bei der Landbestellung gefördert würde. Wozu auch sich selbst in Untkosten stürzen, wenn der Warenverbraucher durch die tätige Mithilfe der Regierung und der Vertreter der Industrie in Gestalt künstlich hochgehaltener Warenpreise für allen Schaden aufzukommen hat, den das einer Sabotage nicht unähnliche Verhalten der Großlandwirtschaft bei der Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten auslöst?

Nummehr präsentieren die Industriellen ihre Gegenrechnung für den den Agrariern erwiesenen Liebesdienst.

Lohnabbau auf der ganzen Linie,

ist ihre Parole, der ihre Vertrauensleute in der Regierung nur allzu willig folgen. Die Regierung Brüning ist eine Vertrauensinstitution der Großindustrie und als solche gehalten und verpflichtet, die Wünsche der Industrie zu erfüllen. Und das ist Brüning unter dem Schlagwort von der „Rettung der Wirtschaft“ restlos zu tun völlig bereit, und auch sein Reichsarbeitsminister, der christliche Gewerkschaftsführer Siegewald, geht tonangebend dabei mit voran. Im „Deutschen“, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, konnte er sagen: „Jetzt geht es darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinanderbeißen, ob wir den in Arbeit Stehenden und dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder allmählich Arbeit verschaffen wollen, ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seinen Lebensstandard vorübergehend um 5 bis 10 Prozent herabdrücken will.“

Diese seine Stellung zu dem wichtigsten Problem der Arbeiterschaft wird durch seine positive Tätigkeit bestätigt, hat er es doch sogar fertiggebracht, einen allgemeinverbindlichen Vertrag noch während dessen Geltungsdauer wieder außer Kraft zu setzen. Für den derzeitigen Reichsarbeitsminister sind anscheinend selbst Verträge, die unter seiner eigenen Mitwirkung zustande gekommen sind, nichts anderes als ein Feigenpapier, der jeden Augenblick zerissen werden kann.

Dieses Verhalten kennzeichnet am deutlichsten den Kurs, den die Arbeiterpolitik der Regierung Brüning gehen soll,

es eröffnet Aussichten für die jetzt im Zug befindlichen Lohnbewegungen, die unerträglich sind. Der Reichsarbeitsminister wendet sich genau wie sein Chef, der Reichskanzler, mit seinen Kundgebungen nur an die Arbeiterschaft. Trotzdem er vom ganzen deutschen Volk

redet, denkt er gar nicht daran, auch den übrigen Volksklassen Mäßigungen und Einschränkungen zu predigen. Er weiß nur zu gut, daß dahingehende Ermahnungen nichts nützen und daß ihm wie dem Gesamtkabinett den beständigen Kreisen gegenüber nicht die gleichen oder ähnliche Druckmittel zur Verfügung stehen, um seinen Worten Nachdruck zu verschaffen, wie er sie dem wertaktigen Volke gegenüber zur Anwendung bringen kann.

So sehen wir zur Zeit auf allen Gebieten unseres Arbeiterlebens ein schändliches Komödientenspiel, bestimmt,

die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft für einen Lohnabbau zu gewinnen

mit dem Ziel der gesegneten Schonung des Besitzes. Ein mutvolles Anfasseln der großen Einkommen und Vermögen, ein wirklich ernsthaftes Arbeiten in der Richtung eines tatsächlichen Preisabbaues vom Urprodukt und den Schlüsselindustrien an unter Aufhebung der Zollmauern und Steuerbelastungen für die wichtigsten Nahrungsmittel würde Erleichterungen der Gesamtwirtschaft durch die damit verbundene Kaufkraftsteigerung ohne die Nachteile bringen, die ein allgemeiner Lohnabbau infolge der damit verbundenen allgemeinen Kaufkraftsenkung für die große Masse der Verbraucher haben muß.

Doch dazu ist die Regierung Brüning nicht fähig und auch gar nicht willens.

So ist die wirtschaftspolitische Situation für uns Arbeiter zum Beginn des neuen Jahres. Von allen Seiten gedrückt und geknechtet stehen wir nur auf uns selbst gestellt da. Bedauerlicherweise die Menschen, die heute aus Egoismus und Dummheit ohne jeden Rückhalt sind, die nichts wissen wollen von den Segnungen der Selbsthilfe und der Solidarität, die als leuchtendes Beispiel bester Menschlichkeit in unseren Gewerkschaften ihren Ausdruck finden. Nur unsere Gewerkschaften sind es, die dem schaffenden Volk in der furchtbaren Zeit des größten Massenelends Schutz und Schirm sein wollen, die ihm helfen, unter Hochhaltung des Menschentums auch im Arbeitsmann den Kampf gegen jede weitere Bedrückung und Entrechtung führen zu können.

Zum Jahreswechsel

allen unsern Mitgliedern

die besten

Glückwünsche

Verbandsvorstand und Redaktion

Bk

Der Ausschuß des ADGB

trat am 14. und 15. Dezember zu seiner 10. Sitzung zusammen. Leipzig erstattete Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschußsitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Tagung unaufhaltsam angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit dieser Frage beschäftigt. Ein Ortsausschuß hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspressen vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt.

In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gesellensauschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollen diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Für das Arbeitersekretariat in Neurode hat der Bundesvorstand 1000 M. bewilligt.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Vom Jugendsekretariat wurde berichtet, daß vom Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preislenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspricht der von den Gewerkschaften befolgten Politik.

Dann berichtete Leipzig kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. In der letzten Sitzung des Vorstandes des IGB. wurde zum Untersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Aussprache, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Angeregt wurde, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf etwa 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien nicht von erheblicher Bedeutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Laufende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten jetzt ebenso wie die Kommunisten versuchen, Betriebszellen aufzubauen. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfremde Grundbünde in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müssen sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterstützung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelingt, die Abwehr unserer Mitglieder und

Funktionäre gegen jede Zellenbildung in der Organisation zu stärken, dann werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vorwiegend behandelt würde, bestehe die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringerer Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärte, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftszeitungen nicht in Frage komme. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben.

Ein Redner wandte sich gegen die Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Universitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königsberg bewiesen. Man müsse an die Universitäten herantreten, um weltanschauliche Auseinandersetzungen zu verlangen. Demgegenüber wurde von anderen Verbandsvertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäftigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

Weiter kam wiederholt zum Ausdruck, daß sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Schutzorganisation der Arbeiterschaft und des republikanischen Staates einsetzen müßten.

Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert werden.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Filmes aufgehoben wird.“

Im Mittelpunkt der weiteren Verhandlungen des Bundesausschusses stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage.

Leipzig erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedsprüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung heraufbeschworen werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Spätest gab einen Heberbild über das Arbeitsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen, wie auch aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die übertariflichen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser

Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchern. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Andererseits steht fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnniveaus durch die Einschränkung der Leberverdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegneten großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belegung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstreckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen müsse. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Für die Wiederbelegung der wirtschaftlichen Tätigkeit ist es wünschenswert, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegenfälligen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind.

In der Aussprache wurde die gegenwärtige taktische Situation der Gewerkschaften eingehend erörtert. Allgemein war die Ueberzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohnsenkung bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundfällige Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist.

Die einzelnen Redner schilderten die zur Zeit in den verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Kündigungszeiten. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Austrag der sozialen Gegensätze in friedlichere Bahnen zu lenken, dann müßten sie sich eindeutig zur Tarifidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer weder in der Frage der Entlassungen noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Befestigung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschlechtert werden.

Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen taktischen Schritte zusammenzutreten.

(Schluß folgt.)

Unsere Unternehmer fordern Lohnabbau!

Für die demnächst beginnenden Lohnverhandlungen für die verschiedenen Gruppen unseres Gewerbes — für den „Apl“ am 9. Januar — rangieren sich auch unsere Unternehmer in die Front der allgemeinen Unternehmerinteressen ein. Auch sie verlangen in absoluter Unbekümmertheit um die Lage unserer Kollegenchaft einen Lohnabbau, von dem sie, eingefangen von der jetzt allgemein grassierenden Lohnabbauphobie, zu ihrem Teil eine „Gesundung der Wirtschaft“ erwarten. Daß ein allgemeiner Lohnabbau gerade für die Erzeugnisse unseres Berufes katastrophale Folgen haben muß, irritiert sie in ihrem Verlangen nicht im geringsten. Hinweise darauf, daß eine noch mehr gedrückte Lebenshaltung keine Mittel übrig läßt, um die leider zum größten Teil zu Luxusausgaben zählenden Aufwendungen für Bücher, Etuis, Kartonnagen usw. zu bestreiten, tun sie mit einem nichtsagenden Achselzucken ab. Was anderen Unternehmergruppen recht ist, erscheint ihnen für sie selbst billig, obwohl sie sehr gut wissen, daß die ungünstige Lage in unserem Beruf auf anderen Ursachen beruht, nur nicht auf den angeblich zu hohen Löhnen, und daß ein Lohnabbau gerade in unserem Beruf in nichts dessen allgemeine Lage bessern kann. Ein Lohnabbau müßte im Gegenteil die chaotischen Zustände noch verschlechtern. Zum Beweis hierfür zitieren wir einige Auslassungen aus der Dezembernummer der „Mitteilungen“ des Verbandes deutscher Buchbindermeister, die endlich einmal den Mut fanden, mit schonungsloser Offenheit der Kehle die Schelle umzuhängen. In den „Mitteilungen“ heißt es in einem Aufsatz „Zur Lage“:

„Eine allgemeine*) Krisis bedeutet für das Buchbinderergewerbe eine Berufskrisis von besonderer Art. Bekannt ist die starke Ueberlegung des buchbinderischen Erwerbszweiges und die dadurch und durch mehrere andere Umstände veranlaßte Steigerung der Leistungskapazität der Betriebe, die in keinem Verhältnis mehr steht zum möglichen Auftragsbestand. Die Ueberlegung im Großbuchbinderergewerbe kann jedenfalls kein Korrektiv finden in einer irgendwie gearteten und vielleicht erwarteten späteren Konjunktur... Dazu kommt, daß die „spekulative“ Aufrechterhaltung von Betrieben, die praktisch aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden müßten, die Chancen des buchbinderischen Erwerbszweiges ständig auf der ganzen Linie verringert.

Es gibt in unserem Gewerbe Zentren der Schleuderei. Dieser muß ein besonderes Augenmerk zugewendet werden, insbesondere dann, wenn die Schleuderei unverständlicherweise finanziert wird von Instituten, denen eine gewisse öffentlich-rechtliche Stellung zukommt...

Der Verlag findet leider nicht immer die richtige Stellung zu den Problemen, mit denen der verantwortungsbewusste Teil der Buchbindererei heute zu ringen hat. Vielfach sind die Verleger sich im klaren über die Elemente, deren man sich bedient, um ein außerordentlich gedrucktes Preisniveau noch weiter zu senken. Es wird dabei häufig genug ein Spürsinn entwickelt, der beachtlich ist. So stellt sich das Tun und Treiben häufig genug zuletzt als pure Belohnung dar... Wir haben allerdings für den Teil der Buchbindererei, der die Krisis überleben wird, die Hoffnung, daß es einmal möglich sein wird, denjenigen Verlegern gegenüber, die skrupellos die Notlage unseres Erwerbszweiges heute auszunutzen verstehen, einmal in anderer Form auftreten zu können, als es unter dem Druck der Verhältnisse und gewissenloser Auftragsgeber heute möglich ist...

Für unseren Artikel, den wir herstellen, hat sich heute ein Preisniveau unter dem Zwang der Verhältnisse eingebürgert, das die Betriebe nicht mehr lebensfähig sein läßt. Nicht Preisabbau ist die Parole unseres Gewerbes, sondern Reinigung und Preisaufbau...

Diese Schilderung der Verhältnisse durch die „Mitteilungen“ des Verbandes deutscher Buchbindermeister könnten mit wenig Abänderungen auch in den Zeitschriften der Unternehmer unserer anderen Berufsgruppen stehen. Was hier von den Großbuchbinderern gesagt ist, trifft im gleichen Maße auch zu für die „Apl“-Betriebe, für die Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken, für Kartonnagen- und Etuisbetriebe und andere. Was wir hierzu verlangen, das ist, daß man den gleichen Mut und die gleiche Ehrlichkeit zeigt, wenn es zu Lohnverhandlungen geht. Es ist völlig abwegig, wenn man bei Lohnverhandlungen mit der Zahl der Konkurse, Geschäftsaussichten und Zwangsvergleiche operiert und damit die Lohnhöhe verantwortungsvoll machen und zum Ausdruck bringen will, daß ein gekürzter Lohn die Existenzsicherheit der Betriebe garantieren würde. Für die von den „Mitteilungen“ des Verbandes deutscher Buchbindermeister angebrachten, geradezu saumäßigen Zustände kann nicht die Arbeiterschaft und deren Lohn verantwortlich gemacht werden. Neben der Ueberspannung der Technisierung der Betriebe hat man den größeren Teil der Schuld mit zu suchen in der persönlichen Verschleuderung erheblicher Summen, die aus den Betrieben zur Befriedigung allerpersönlicher Extravaganzen oftmals recht diffiziler Natur herausgezogen werden. Sparsamkeit und Einschränkung predigt man dem Arbeiter, doch selbst danach zu handeln, daran denkt kein Mensch. Darum zeigen auch die „zahlreichen Zusammenbrüche, auch von Firmen der Papierverarbeitung, an die noch vor Jahresfrist kein Mensch auch nur im entferntesten gedacht hätte“, noch lange nicht „die katastrophale Lage unserer Wirtschaft“. Sie zeigen höchstens, daß fehlende Berufssolidarität und rücksichtsloseste Preistreiberei in Verbindung mit — was ausdrücklich wiederholt sei — Verschleuderung von Betriebskapital zur Befriedigung von allerlei Bedürfnissen für „Herz und Gemüt“ zum Ruin der Betriebe führen müssen. Man verschone darum die Arbeiterschaft mit dem Vorwurf, daß die Lohnhöhe die Ursache so mancher Betriebszusammenbrüche sei.

Ein Lohnabbau für unseren Beruf würde und müßte bedeuten, daß die geschilderten wirklich sehr „netten“ Zustände nicht beseitigt, sondern stabilisiert werden. Wer von oben, von seinen Auftraggebern, getreten wird durch Preisdruck, der hat sich dagegen zu wehren. Er hat jedoch kein Recht, den Druck weiter zu geben durch Tritte nach unten, durch Tritte auf die Arbeiterschaft, deren Existenz sowieso schon kümmerlich genug ist. Es gehört wirklich Schwachen die Faust aufs Auge zu setzen, doch Männlichkeit und — Berufssolidarität und wohl auch ein wenig Berufssolidarität und fester Wille sind notwendig, um unberechtigte Zumutungen der Auftraggeber zurückzuweisen. Das sind jedoch alles Eigenschaften, die unseren Unternehmern, mit wenigen Ausnahmen, völlig abgehen. Soll für diesen Mangel die Arbeiter-

schaft büßen? Fast scheint es so, wenn man die Unternehmerzeitschriften der letzten Zeit durchsieht. Von nichts anderem als vom Lohnabbau wird dort geschrieben und fröhlichen Gemütes jeder Schiedspruch verzeichnet, der dem Arbeiter den Lohn kürzt. Die Riefendummheit des heutigen staatlichen Schlichtungswesens, die durch Einschränkung der Massenkauftkraft die deutsche Wirtschaft retten will, findet begeisterte Zustimmung. Es heißt wirklich alle Tatsachen auf den Kopf zu stellen, wenn man dann noch diesen Weg als „den Weg des Sieges der Vernunft“ über mangelnde wirtschaftliche Einsicht und radikale Demagogie bezeichnet. Zum ABC eines jeden objektiv urteilenden Volkswirtschaftlers gehört die Ueberzeugung, daß eine Belebung der Wirtschaft nicht durch eine Senkung der Massenkauftkraft, sondern nur durch deren Hebung möglich sein kann. An dieser Tatsache ändert keine, wie immer geartete Rabulistik etwas.

Internationales.

Tarifverlängerung mit Lohnerhöhung in Holland.

Die Buchbinder in den Niederlanden sind mit den Buchdruckern zusammen in einem Verbandsorganisiert. Erstere zählen etwa 2200, letztere 7600 Mitglieder. Der Verband hat kürzlich den bestehenden Tarifvertrag ohne Arbeitseinstellung auf drei Jahre verlängert und folgende Lohnerhöhungen herauszuholen können: Eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Cent (etwa vier Pfennig) und eine weitere Erhöhung um ein Cent ab 1. Januar 1932. In Anbetracht der schweren, wirtschaftlichen Krise, unter der natürlich auch Holland zu leiden hat, kann dieser Abschluß als befriedigend bezeichnet werden.

*

Beiträge und Unterstützungssätze in Norwegen.

Die vom letzten Verbandstag des norwegischen Verbandes beschlossenen Beiträge und Unterstützungssätze gestalten sich wie folgt: Die Beiträge werden in vier Klassen erhoben, sie betragen in der 1. Klasse bei einem Verdienst von mehr als 61 Kr. pro Woche 3,50 Kr., in der 2. Klasse bei einem Verdienst von mehr als 37 bis 61 Kr. pro Woche 1,95 Kr., in der 3. Klasse bei einem Verdienst von mehr als 26 bis 37 Kr. pro Woche 1,33 Kr. und in der 4. Klasse bei einem Verdienst bis zu 26 Kr. pro Woche 0,76 Kr.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich sowohl nach der Beitragsklasse, als auch nach der Dauer der Mitgliedschaft. So beträgt z. B. die Streikunterstützung in der ersten Beitragsklasse nach einem Jahr der Mitgliedschaft 17 Kr., bis zu fünf Jahren 21 Kr., nach mehr als fünf Jahren Mitgliedschaft 24 Kr. pro Woche. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in der ersten Klasse 24,30 Kr. pro Woche bis zur Dauer von 30 Tagen, nach 1½-jähriger Mitgliedschaft in gleicher Höhe bis zur Dauer von 60 Tagen und nach dreijähriger Mitgliedschaft 31,50 Kr. pro Woche bis zur Dauer von 90 Tagen. In den übrigen Beitragsklassen ist die Bezugsdauer die gleiche, nur die Unterstützungssätze sind entsprechend niedriger.

Die neuen Beiträge und Unterstützungen trafen am 1. Januar 1931 in Kraft.

*

Förderung des fachlichen Sinns in Dänemark.

Die technische Fachschule in Kopenhagen schreibt eine Preisaufgabe für Buchbinder aus, an der alle Kollegen bis zum Alter von 30 Jahren teilnehmen können. Es wird gefordert die Zeichnung für einen Einband mit Handvergoldung für ein Buch: „Dänemarker Buchbinder seit 400 Jahren.“ Die Prämien können auch gewährt werden für ein Modell oder für eine fertige Arbeit. Sie bestehen in Verleihung einer silbernen Medaille und 100 Kronen in bar oder einer bronzenen Medaille und 50 Kronen in bar.

*) Diese Auszeichnungen in diesem Blatt stammen von uns. D. Red.



Zur Unterhaltung

Zwei Missetäter.

Von Arkadi Wertschenko.

Den schlafenden Bezirkskommissar Buchwofstow weckte der Gendarm mit der Mitteilung, die Bauern hätten in Soeben zwei Gefangene zum Verhör eingeliefert: Sawelli Sechshütter und einen Unbekannten, der sich standhaft weigere, seinen Namen zu nennen. — Der mitfolgende Bericht des Gemeindefreiwärter be- sagte, die Unbekannten hätten sich der Verletzung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Sicherheit des Leibes schuldig gemacht. — Weiter unten erzählte der Schreiber dann schon in menschlicher Sprache, wie ihm der Schnabel gewachsen war, die Verhafteten hätten sich unter aller Kritik benommen. So war Sechshütter in die Behausung des jüdischen Pächters Salmann eingedrungen, hatte alles kurz und klein geschlagen, die Pächtersfrau mit einem Bratpfannenspiegel verletzt und deren Sohn ein Ohr abgerissen. Ins Gemeindefreiwärter transportiert, hatte er den Aeltesten geprügelt, dem Gendarmen zwei Zähne ausgeschlagen und zu guter Letzt versucht, seine — des Schreibers — vordere Extremitäten zu beschädigen.



Was den zweiten Verbrecher betraf, so hatte man ihn in den Gemütsfeldern erwischt, wobei er sich nicht auszuweisen vermochte. Eine Leibesvisitation förderte eine Bombe, einen Stoß Flugblätter und einen falschen roten Backenbart zutage.

Der Kommissar Buchwofstow öffnete die Tür und rief hinaus: „Der Reihe nach vorführen!“

Ins Zimmer trat ein hochgewachsener, schwarzhaariger Mensch mit kurzem Schnapfel, mit kleinen, geschäftigen Kalmückenaugen. Er trat bis vor den Tisch, machte halt und heftete den Blick beharrlich auf seine linke kaffene Stiefelspitze. Der Kommissar ging entschlossen auf ihn zu, warf seinen Kopf mit energischem Ruck unter das Kinn zurück und sagte stürmisch:

„Ein nettes Fröschchen...! He du... Sechshütter, du! Du wirst also beschuldigt, in der Pächterswohnung alles zertrümmert zu haben, dem Sohn des Pächters ein Ohr abgerissen, den Gemeindefreiwärter verprügelt und dem Gendarmen zwei Zähne ausgeschlagen zu haben. Ist das wahr?“

Der Angeklagte warf dem Kommissar von unten herauf einen Blick zu und antwortete:

„Ja, das ist wahr.“

„Hat man denn schon so etwas erlebt?“ rief Buchwofstow, die Hände zusammenschlagend. „Seht gesteht der Kerl es sogar auch noch ein! Was hat dir übrigens der Pächter getan?“

Der Befragte betrachtete den Kommissar abermals aufmerksam und erwiderte unbeirrt:

„Ich haue alle Juden, die ich zu fassen krieger.“

„Warum?“

„Erstens haben sie den Heiland gepeinigt, und zweitens haben sie keine Achtung vor der Obrigkeit. Ich haue sie hauptsächlich für diese Nichtachtung...“

„Hm...“, machte der Kommissar. „Trotzdem hast du aber noch lange kein Recht, mir nichts, dir nichts über friedliche Menschen herzufallen!“

„Wieso nicht? Ich sage: nur Geduld, sage ich, ihr Galanten, über kurz oder lang hängt euch der Herr Gouverneur ja doch samt und sonders an den Hals. Und was antwortete der Kerl von Pächter darauf? Wah, meint er, was ist mir dein Gouver-

neur? Den kann ich mir doch für drei Rubel kaufen!“

„Das hat er gesagt?“

„Wie ich es sage! Warte, sage ich, alter Freund, wenn deine Lasterworte dem Herrn Kommissar zu Ohren kommen! Und er, der Schweinehund? — Er grinst sich eins und sagt: Wenn euer Gouverneur drei Rubel kostet, dann kann ich den ganzen Kommissar um fünfzig Kopelen kaufen. Ah, sage ich, so...?“

Der Kommissar brach unwillkürlich in lautes Lachen aus.

„Und du hast dann ohne weiteres dem Jungen das Ohr abgerissen?“

„Ohne weiteres! Wie es sich gehört: Ich sage mir so: Wenn du meine Obrigkeit beleidigst, soll ich da nicht etwa das Recht haben, deiner Brut die Ohren abzureißen? Das Recht habe ich, ja, das habe ich! Ohne weiteres!“

„Hahaha! Ach, du... närrischer Kauz! Du fackelst also nicht lange, was? Aber höre mal, das Gemeindefreiwärter schreibt doch, du hättest das ganze Haus auf den Kopf gestellt? Warum hast du denn die Pächtersfrau mit der Bratpfanne geschlagen?“

„Sie hat allerlei Bemerkungen gemacht, Euer Wohlgeboren. Ueber Ihre Gattin. Was so die Tugendhaftigkeit anbelangt...“

„Ach so...“, lächelte der Kommissar säuerlich. „Gut. Darüber werden wir mal die Pächtersfrau hören. Was bloß schlimm ist, daß du den Gemeindefreiwärter geprügelt und dem Gendarmen die Zähne eingeschlagen hast. Wer denn das unbedingt nötig...?“

„Die haben es redlich verdient. Ich sagte zu ihnen: Ihr habt kein Recht, mich aufzuhalten und einzusperrern, denn ich habe mich nur für den Herrn Kommissar eingelegt. Und sie darauf: Für den Kommissar? Das ist auch recht was! Glaubst du etwa, das ist ein so großes Tier? Na, das war mir doch zu bunt! So sprecht ihr also von euren Vorgefetzten?! Und da holte ich eben aus...“

„Hahaha, hahaha! Ich sehe schon, du bist gar nicht so dumm! Du hast das Herz auf dem rechten Fleck! Wir wollen also dein Verfahren einstellen... du kannst gehen, Sechshütter! Warte mal! Schnaps trinkt du doch, was!“

Der Kommissar kramte in seinen Taschen und fischte einen halben Rubel hervor. — „Da, zur Stärkung wird es wohl reichen...“ —

„Ich danke auch schön! Und dann müßt ich Euer Wohlgeboren bitten, ob Sie nicht vielleicht ein paar abgelegte Stiefel hätten? Die meinigen sind ganz und gar zerissen...“ — „Gut, meinewegen... Weil du ein fideles Haus bist! Ich will dir ein paar von meinen geben, die ich nur zwei Monate getragen habe.“

Der Kommissar trat aus der Kanzlei in das Schlafzimmer und kam nach einigen Augenblicken mit den Stiefeln zurück.

„Da“, sagte er, „die kannst du nehmen. Und nun geh, Freund. Gott mit dir!“

„Euer Wohlgeboren! Vielleicht hätten Sie auch irgendeinen alten Mantel?“

„Genug, genug... nun zieh schon ab! Alles mit Wasen. — He, Parfen, laß ihn mal hinaus... er mag gehen... Und bringe mir mal den anderen her. Leb wohl, Sechshütter! Also „großes Tier“ haben Sie gesagt? Hahaha!“

(Schluß folgt.)



Hunger in den Lehrjahren.

Die folgende Szene entnehmen wir dem autobiographischen Roman „Aus der Art geschlagen“ von Adam Scharrer. Das Buch ist im „Bücherkreis“, Berlin SW 61, erschienen. (Preis 4,80 Mt.)

Ich stand morgens um halb fünf Uhr auf und ging — ohne warmen Kaffee — über eine Stunde zu Fuß zur Arbeit. Die reguläre Arbeitszeit währte von morgens sechs Uhr bis abends sieben Uhr. Es wurde aber meistens acht Uhr. Dann ging ich meinen Weg wieder nach Hause. Das Stück Brot, das die Eltern mir zum Frühstück und Vesper mitgaben, aß ich morgens auf dem Weg zur Arbeit. Für den Tag blieb als einzige Ernährung das Mittagessen der Meisterin, manchmal ein Stück Brot von einem anderen Lehrling. Im übrigen mußte ich selbst sehen, wie ich durchkam.

Ich kaufte mir jeden Abend für fünf Pfennig Brötchen. Wie ich jeden Tag zu den fünf Pfennigen kam?

Rudolf, der andere Lehrling, bekam von seinen Eltern wöchentlich eine Mark Taschengeld. Wenn er selbst Brötchen kaufte, bekam er für fünf Pfennige zwei. Bei mir bekam er vier, deshalb kaufte er bei mir.

Die Taschen in meinem Jackett waren ohne Boden. Man konnte durch diese Taschen den ganzen Hohlraum zwischen Futter und Stoff der Joppe ausfüllen.

Die Klingel an der Tür des Ladens war nicht hoch. Man konnte, wenn man vorsichtig öfnete, den Schwenkel mit der Hand festhalten. Rechts an der Tür stand der Korb mit Brötchen und auf der anderen Seite der Straße stand Rudolf und paßte auf. Wenn jemand kam, pff! er. Die Tür zur Wohnung war dicht an der Treppe, wenn jemand von der Wohnung in den Laden wollte, mußte er erst die Treppe herunter. Diesen Laden ausländig zu machen, hatte allerlei Mühe gekostet. Er lag versteckt in einer kleinen Gasse am Tor. Aber Rot macht erfinderisch, irgendwie mußte die Ernährungsfrage gelöst werden.

Etwa ein halbes Jahr florierte das Geschäft. Wenn ich so ein Duzend Wecken in dem Hohlraum meiner Joppe versteckt hatte, klingelte ich, kaufte für meine fünf Pfennige und ging wieder.

Als ich eines Tages Rudolf wieder seine Wecken aushändigte, stand der Bäckermeister vor uns. Er hatte sich in einem Hausflur versteckt und uns heimlich beobachtet.

„Ihr seid also die Gauner!“ stürzte er auf uns los. „Wird euch teuer zu stehen kommen. Eigentlich müßte ich euch Büchse gleich selber auszahlen, aber ich will der Polizei net vorgreifen. Ihr kommt sofort mit. Der erste, der ausreißt, dem schlag ich die Spazierhölzer ab. Los, ihr geht voraus.“

Wir gingen vor ihm her, auf die Straße zu.

„Winkts, auf die Polizeistation!“ kommandierte dort der ergrimnte Bäckermeister.

Wir gehorchten bis zur Ecke. Dort machte Rudolf kurz rechts schwenkt marsch und lief, was ihn seine langen Beine tragen konnten, den Berg hinunter. Der Bäckermeister hinter ihm her, aber nur, um an der anderen Ecke nachschreiben zu können: „Halts den Spitzhuten auf, laßt ihn net aus!“

Rudolf ist aber heil weggekommen, weil dem Bäckermeister wohl mittlerweile eingefallen war, daß er mich nicht sehr lange unbeobachtet lassen dürfe. Aber dieser ganz richtige Gebante kam ihm zu spät. Als er den ersten Sprung machte, um Rudolf einzuholen, machte ich kehrt, um rückwärts zu verschwinden. Meine Wecken klapperten auf meinem Buckel, daß ich in ständiger Angst war, das Futter könnte ausreißern, aber trotzdem sah ich mich erst um, als ich durch den Hof des „Weißen Lamms“ war, auf der Wiefe. Ich hatte keinerlei Gewissensbisse und aß die Wecken auf dem Nachhausewege mit sehr gutem Appetit. Ich hatte auch vor der hohen Obrigkeit keinerlei Angst und nahm mir vor, kurz und bündig zu sagen: Ich stahl, weil ich Hunger hatte. Ich war sogar enttäuscht, als nichts folgte.

Aus der Sozialversicherung



Sinnsprüche.

Ob du auch strauchelst, nur vorwärts immer, zaghaftes Zaudern macht es nur schlimmer, Gäß's Hindernisse auch noch so viele, nur Mut! so kommst du zuletzt zum Ziele.

Sturm.

Das Menschenleben ist aus Ernst und Spiel zusammengesetzt, und der Weisheit und Glückseligkeit verdient nur derjenige genannt zu werden, der sich zwischen beiden im Gleichgewicht zu bewegen versteht.

Goethe.

Der Zweck der Revolution ist die Beseitigung der Ungleichheit und die Wiederherstellung des allgemeinen Wohlfandes.

Babeuf.

Der sittliche Mut ist es, der die höchste Stufe der Menschlichkeit kennzeichnet; der Mut, die Wahrheit zu suchen und zu sagen; der Mut, gerecht und rechtschaffen zu sein; der Mut, der Versuchung zu widerstehen und seine Pflichten zu erfüllen.

Smiles.

Der Gesundheitszustand in Deutschland.

Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialhygienischer Reichsfachverbände“ hat jetzt den Bericht über den im Sommer v. J. von ihr veranstalteten „Sozialhygienischen Tag“ mit den ausführlichen Referaten, die damals gehalten wurden, herausgegeben. Diese Broschüre, die zum Preise von 1,50 Mk. von der Arbeitsgemeinschaft (Berlin-Charlottenburg 5) zu beziehen ist, bietet einen interessanten Einblick in den gegenwärtigen Stand des Gesundheitszustandes in Deutschland.

Unsere Gewerkschaften setzen sich mit allen Kräften für ausreichende Entlohnung, vernünftige Arbeitszeitgestaltung und hygienische Arbeitsbedingungen ein. Die für den gesundheitlichen Zustand des Volkes verantwortlichen Kreise vertreten in Wort und Schrift die gleichen Gedankengänge. Besonders im letztgenannten Punkt stimmen die Forderungen der Gewerkschaften fast stets überein mit den Forderungen, die von den Ärzten und Gesundheitsbehörden aufgestellt werden, nur daß man unter den Ärzten immer noch einen Teil findet, dem die gewerkschaftlichen Forderungen zu weitgehend sind. Je größer jedoch die Störfkraft der Gewerkschaften wird, um so leichter wird es den einsichtigen Kreisen innerhalb der Ärzteschaft sein, ihre Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen.

Alle gewerkschaftliche Betätigung läuft auf praktischen Gesundheitsschutz hinaus. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob es sich um Lohnforderungen oder Arbeitszeitverringerung handelt. In jedem Falle müssen sich die Erfolge in gesundheitlicher Hinsicht auswirken. Allein schon die Tatsache, daß es gelungen ist, die Lebensaussichten innerhalb von fünf Jahrzehnten um über 20 Jahre zu steigern, spricht für sich. Während früher die durchschnittliche Lebensdauer 37 Jahre betrug, stellt sie sich jetzt auf 57 Jahre. In der Hauptsache ist

diese erfreuliche Tatsache zurückzuführen auf die Erfolge in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Noch im Jahrzehnt 1891/1900 starben von 1000 Lebendgeborenen im Durchschnitt jährlich 217 im ersten Lebensjahr, im Jahre 1928 nur noch 89. 1913 starben von 1000 Kleinkindern 13,2, 1928 dagegen nur noch 5,7.

Unzweifelhaft sind diese Erfolge mit darauf zurückzuführen, daß sich der Lebensstandard der Arbeiterschaft dank der Tätigkeit der Gewerkschaften wesentlich gehoben hat. Trotzdem bleibt auch auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun übrig, vor allem muß die Fürsorge für die unehelichen Säuglinge ausgebaut werden. Es hat sich gezeigt, daß die Sterblichkeit der unehelichen wesentlich größer ist als die der ehelichen Säuglinge. Das Verhältnis der Sterblichkeit dieser beiden Gruppen zueinander ist etwa wie 100 zu 170. Und wie sehr sich Lohndruck zugunsten der unehelichen auswirkt, zeigt die Tatsache, daß in den wirtschaftlichen Notzeiten zu Ende des Krieges das Verhältnis sogar wie 100 zu 200 stand.

Die Wissenschaft hat sich diese Ergebnisse der Statistik zunutze gemacht. Ganz besonders eifrig tätig auf diesem Gebiete ist Professor Grotjahn in Berlin, der seit Jahrzehnten ein Vorkämpfer auf dem Gebiete der sozialen Hygiene ist. Grotjahn will die Säuglingssterblichkeit bekämpfen durch Einführung einer Elternschaftsversicherung, die den Eltern die Mittel geben soll, ihre Kinder ordentlich zu ernähren und zu kleiden.

Neben dem Säuglingschutz ist natürlich den Krankheiten nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Bekämpfung der Kinderinfektionskrankheiten, Masern, Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten usw. verlangt nach wie vor große Aufmerksamkeit, obwohl der Präsident des Reichsgesundheitsamtes feststellen konnte, daß die Sterbeziffern bei Scharlach und Diphtherie heute weniger als ein Zwanzigstel des Standes von vor 50 Jahren betragen.

Je stärker der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Staatsgeschäfte geworden ist, je mehr sich der Staat vom Zwangs- und Polizeistaat zum Wohlfahrtsstaat entwickelte — und das wurde er nur unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft —, desto besser wurde der Gesundheitszustand im Reiche. Das macht sich auch bemerkbar in der Lebensverlängerung der Erwachsenen. Hier galt der Kampf vor allem den großen Volksseuchen, der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten. Zwar starb noch im Jahre 1926 durchschnittlich in jeder achten Minute ein Mensch an Tuberkulose — im ganzen erlagen damals 62 000 Menschen der Seuche. Trotzdem ist die Sterblichkeit gegen früher um zwei Drittel zurückgegangen. Leider scheint es, daß sich jetzt wieder — wohl als Folge der Arbeitslosigkeit — ein Ansteigen der Erkrankungen bemerkbar macht. Wenn die Gewerkschaften für ausreichende Löhne kämpfen, dann sorgen sie damit für bessere Ernährung, für bessere Wohnungen usw. Hiermit aber werden wesentliche Förderer der Krankheiten beseitigt. Also bedeutet auch hier

Stärkung der Gewerkschaften Besserung der sozialen Verhältnisse. Die Glendquartiere des Proletariats sind der beste Boden für die Tuberkulose.

Erfolge sind auch erzielt worden in der Bekämpfung der Syphilis. Professor Jadasohn-Breslau stellt fest, daß die Zahl der neuen Fälle gegenüber 1919 im Jahre 1927 einen Rückgang um ein Drittel erfahren hat. Außer den rein ärztlichen Heilungsmethoden sind die wesentlichsten Aufgaben zur Bekämpfung der Syphilis: Aufklärung, Erziehung zu individuellem Verantwortungsgefühl, Besserung der Erwerbsverhältnisse, besonders der weiblichen Jugend, des Wohnungselends und Bekämpfung des Alkohols. Also auch hier Uebereinstimmung der Forderung der Ärzte mit den der Gewerkschaften.

Auf beschränktem Raum können nur die wichtigsten Probleme angedeutet werden. Wer sich für diese Dinge interessiert, sei auf den eingangs erwähnten Bericht verwiesen. Besonders die fürsorgersich tätigen Kollegen und Kolleginnen seien auf ihn aufmerksam gemacht, denn gerade ihnen wird er eine Fülle von Anregungen bieten.

Neben den hier erwähnten Volkskrankheiten wären noch eine ganze Reihe weiterer zu nennen, in erster Linie der Krebs. Hier scheint eine neue Volkskrankheit zu entstehen, deren Bekämpfung der Wissenschaft noch viel Kopfzerbrechen macht. Entscheidend für die erfolgreiche Krebsbekämpfung ist die möglichst frühe Erkenntnis der Krankheit. Zu nennen sind auch die rheumatischen Erkrankungen, deren Gefahren in vollem Umfang noch nicht erkannt sind. Bei ihrer Bekämpfung werden die Gewerkschaften ebenfalls eine große Rolle spielen, denn der Ausbau der Schutzbestimmungen für die Arbeiterschaft kann hier manche Besserung bringen.

Auf jeden Fall zeigt sich immer und immer wieder, welche große Bedeutung den Gewerkschaften im Kampf um die Hebung der Volksgesundheit zukommt. Ihr Kampf ist der Kampf um den gesunden Menschen!

Dr. Erwin Peggall - Dresden.

Fort mit der Abonnentenversicherung.

Seit dem Frankfurter Zusammenbruch im deutschen Versicherungsgewerbe wird allgemein eine Reform des Versicherungsaufsichtsgesetzes verlangt. Das Reichswirtschaftsministerium hat inzwischen den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 fertiggestellt, der auch dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat bereits vorgelegen hat. Der Entwurf befaßt sich im wesentlichen mit folgenden:

Er räumt der zuständigen Aufsichtsbehörde das Entscheidungsrecht ein, wer der Aufsichtspflicht zu unterstellen ist; er sieht jährliche Pflichtrevisionen der Versicherungsunternehmungen durch Prüfer oder Treuhandgesellschaften vor, die von der Aufsichtsbehörde zu bestätigen sind; er ändert das bisherige Revisionsrecht der Aufsichtsbehörde in eine Revisionspflicht mit der Maßgabe um, daß die in § 65 Abs. 1 vorgesehene Prüfung mindestens alle fünf Jahre vorgenommen werden soll; der Aufsichtsbehörde wird das Recht zuerkannt, einem Versicherungsunternehmen die Beteil-

gang an einer anderen Unternehmung zu unterfangen und für die Prämienreservofonds der Lebensversicherungsbetriebe sind besondere Treuhänder zu bestellen.

Der Entwurf kann noch nicht befriedigen. Schon die Fassung des § 1 hinsichtlich der Abonnentenversicherung ist völlig unzulänglich. Hat man bei der Fertigstellung des Entwurfs nicht daran gedacht, daß die Forderung eines Verbots der Abonnentenversicherung heute mehr denn je erhoben wird und angesichts der Klagen über die Abonnentenversicherung auch durchaus berechtigt ist? Es ist bedauerlich, daß die Frage eines Verbots der Abonnentenversicherung in der Begründung zum Gesetzentwurf kurzweg mit der Redensart abgetan wird, daß „ein solches Verbot sehr stark in bestehende Verhältnisse eingreifen und schwer durchzuführen“ sein würde. In Oesterreich hat man diesen Schritt längst getan. Wiegt den verantwortlichen Stellen das „Eingreifen in bestehende Verhältnisse“ schwerer als die bedauerliche Tatsache, daß den ärmeren Volksschichten selbst in der gegenwärtigen Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression und Arbeitslosigkeit jährlich mehr als einhundertfünfzig Millionen Reichsmark für eine fragwürdige Bekümmernisse mit einem noch fragwürdigeren Versicherungsschutz entzogen werden? Wenn man schon glaubt, ein Verbot der Abonnentenversicherung nicht befürworten zu können, dann hätte man doch von vornherein einen Weg suchen müssen, um wenigstens die größten Missetände in der Abonnentenversicherung zu beseitigen.

Erfreulicherweise ist der Reichswirtschaftsrat in der Frage der Abonnentenversicherung anderer Ansicht als die Väter des Entwurfs. Er hat zu dem Entwurf einen Antrag gestellt, der auch die „Druck- und Zeitschriftenverleger, die ihren Abonnenten Versicherungsleistungen versprechen“, der Aufsichtspflicht unterstellt wissen will. Dieser Antrag verdient daher, wenn man wirklich die selbstverständliche Forderung eines Verbots der Abonnentenversicherung fallen lassen sollte, alle Unterstützung. Er will endlich mit der einseitigen Bevorzugung der großen Verlagsunternehmen Schluß machen, deren Hauptgebiet praktisch die Abonnentenversicherung ist und bei denen die Zeitschriften, mit deren Bezüge die Versicherung verbunden ist, nur Mittel zum Zweck sind. Man kann erst dann in Wahrheit von einer „beauftragten Abonnentenversicherung“ sprechen, wenn diese Verlagsunternehmen ebenso wie die Versicherungsunternehmen der zuständigen Aufsichtsbehörde unterstehen und deren Vorschriften unterworfen sind. Dann würde weiten Volkstreffens auch der wahre Charakter der Abonnentenversicherung klar werden. Sie würden erkennen, daß die Abonnentenversicherung nicht die „wahre Volksversicherung mit umfassendem Versicherungsschutz“, sondern nur eine Zugabe zu einem Zeitschriftenabonnement, also höchstens Versicherungsertrag sein kann.

Änderungen in der Arbeitslosenunterstützung für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen.

(Nach der Verordnung vom 18. Oktober 1930.)

Auf Grund der §§ 75c und 116 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAVG.) ist am 18. Oktober 1930 eine neue Verordnung für Heimarbeiter erlassen worden, die eine Verschlechterung des Unterstützungsanspruches für die Ehefrauen als Heimarbeiterinnen oder Hausgewerbetreibende bringt.

§ 75a der Verordnung für das AWAVG. sieht vor, daß Heimarbeiter oder Heimarbeiterinnen, deren Wochenverdienst unter 10 Mark oder deren Monatsverdienst unter 45 Mark sinkt, keine versicherungspflichtige Arbeit im Sinne des AWAVG. mehr leisten und demzufolge keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu bezahlen brauchen. Nach der Verordnung vom 18. Oktober wird der Satz von 10 Mark für Ehefrauen (als Heimarbeiterinnen) auf 12 Mark festgesetzt. Demnach sind Ehefrauen, die als Heimarbeiterinnen nicht mehr als 12 Mark verdienen, nicht mehr versicherungspflichtig. Sie haben also Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr zu zahlen und können vom Unternehmer verlangen, daß er eine Befreiungsanzeige erstattet. Auch der Unternehmer kann das von sich aus tun, er braucht es aber nicht. Die Befreiung gilt so lange, als der Verdienst unter 10 Mark oder bei Ehefrauen unter 12 Mark bleibt. Erhöht sich der Verdienst wieder, dann kann die Beitragsbefreiung widerrufen werden. Dieser Widerruf ist beim Unternehmer zu beantragen. Von sich aus ist der Unternehmer nicht verpflichtet, die Beitragsbefreiung zu widerrufen. Weigert sich ein Unternehmer, die Beitragsbefreiung auf Antrag zu widerrufen, dann kann auf Antrag beim Arbeitsamt der Vorsitzende den Widerruf erlassen.

Es ist durchaus möglich, daß in Zeiten schlechter Konjunktur die Lohnhöhe wechselt, so daß Beitrags-

Gelesene Nummern

der „Buchbinder-Zeitung“
gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

befreiung und Widerruf sich mehrmals folgen. Der Unternehmer wird aber von sich aus kein Interesse daran haben, ob Beitragsbefreiung eintritt oder nicht, da er seinen Anteil nach § 143 AWAVG. bezahlen muß, gleichgültig, ob der Verdienst unter 10 Mark bzw. 12 Mark liegt. Daraus ergibt sich aber auch, daß der Antrag auf Befreiung von der Beitragszahlung nicht für jede Woche, die einen Verdienst von unter 12 Mark bringt, gestellt wird, sondern nur, wenn der Durchschnittsverdienst unter diesen 12 Mark liegt.

Mit der Beitragsbefreiung scheidet die Heimarbeiterin oder Ehefrau aus der Arbeitslosenversicherung nicht aus. Nach § 95 AWAVG. kann — sofern die üblichen Voraussetzungen erfüllt sind — Arbeitslosenunterstützung beantragt werden, wenn der Arbeitslose bei der erstmaligen Arbeitslosmeldung, vom Tage der Arbeitslosigkeit zurückgerechnet, innerhalb zweier Jahre eine 52wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung nachweist. Bei einer späteren Arbeitslosmeldung muß er nachweisen, daß er im letzten Jahre, gerechnet vom Tage der Entlassung zurück, 26 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung stand.

Hat also z. B. eine Ehefrau im letzten Jahre ihrer Tätigkeit im Durchschnitt unter 12 Mark verdient, dann war sie deshalb von der Beitragsleistung befreit. Sie kann sich aber trotzdem arbeitslos melden, wenn sie nachweisen kann, daß sie innerhalb zweier Jahre 52 Wochen gearbeitet hat mit einem Verdienst von über 12 Mark. War die Ehefrau schon einmal arbeitslos und sie meldet sich auf Grund erneuter Entlassung wieder arbeitslos, dann muß sie nachweisen, daß ihre Beschäftigung ein Jahr gedauert hat und von diesem Jahr der Verdienst nicht länger als 26 Wochen unter 12 Mark lag.

Das, was hier für die Ehefrau gesagt ist, gilt auch für alle anderen Heimarbeiter oder Heimarbeiterinnen, deren Verdienst unter 10 Mark liegt und die deshalb von der Beitragszahlung befreit waren. Die oben genannten Fristen können nach § 95 AWAVG. sogar noch erweitert werden, und zwar bis zu drei Jahren, wenn eine versicherungsfreie Arbeitnehmerstätigkeit vorliegt. (§ 95 Abs. 2 Z. 1 AWAVG.). Dafür ein Beispiel:

Eine Ehefrau, die als Heimarbeiterin mehr als 12 Mark ein Jahr lang verdient hat, setzt ihr Arbeitsverhältnis noch zwei Jahre fort, trotzdem ihr Verdienst

unter 12 Mark gesunken ist. Sie zahlt auf Grund der Beitragsbefreiung keine Beiträge mehr. Nach ihrer dreijährigen Tätigkeit wird sie entlassen. Ist ihre Arbeitslosmeldung eine erstmalige, dann kann sie sich trotzdem arbeitslos melden, da sie nachweisen kann, daß sie innerhalb dieser drei Jahre eine einjährige versicherungspflichtige Beschäftigung gehabt hat. Die Arbeitslosenunterstützung wird ihr gewährt auf Grund des damals erworbenen Anspruches, der seine Wirkung auf Grund der versicherungsfreien Beschäftigung nicht verloren hat.

(Nach der „Chemnitzer Volksstimme“.)

Beitrags hinterziehungen — und doch Ehrenmänner?

Wenn man heute eine Tageszeitung liest, die dem Unternehmertum nahesteht, dann findet man dort bis zum Ueberdruß die Behauptung, die Soziallasten erdrücken die Betriebe. Anschließend an diese Behauptungen werden die Fälle, in denen Versicherte die Sozialversicherungen ausgenutzt haben, mit dem nötigen Beiwerk ausgeführt. Eines aber vergessen jene Zeitungen zu berichten, was wir, damit die Nachwelt nicht zu kurz kommt, hiermit nachholen wollen.

Es gibt Unternehmer, die den Charakter der Sozialversicherung verkennen. Sie glauben, diese ist ein Kreditinstitut, um struppellosen Unternehmern zu billigen Krediten zu verhelfen. Ich denke an die Fälle, in denen den Arbeitern monatlang die Beiträge abgezogen, aber nicht abgeführt werden. Ist es mir doch selbst in meiner Praxis als Betriebsrat vorgekommen, daß der Inhaber eines größeren Betriebes, der immer von Ehrlichkeit, Treu und Glauben und von „weißen Westen“ rebete, zehntausend Mark Schulden bei der Krankenkasse hatte. Das heißt, zwei Drittel dieser Summe waren unseren Kollegen vom Lohn einbehalten, aber nicht abgeführt worden. Außerdem waren sechzehn Wochen lang keine Invalidenmarken geteilt worden. Auf den Hinweis, das mit diesem Tun das Strafgesetz verlegt werde, antwortete der Unternehmer: „Ich bin ein Ehrenmann, aber ich habe kein Geld.“ Woraus man entnehmen kann, daß nur der ein Ehrenmann sein kann, der über Geld verfügt. Daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, zeigt folgendes. Nach der Reichstriminalstatistik wurden wegen Beitrags hinterziehung bestraft im Jahre 1925 747 Unternehmer, im Jahre 1926 2505 Unternehmer, im Jahre 1927 3717 Unternehmer. Der Jahresbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zeigte Beitragsrückstände in Höhe von rund 11 Millionen Mark für 419 000 Angestellte! Diese Zahlen sind ein sprechender Beweis dafür, daß es auch Unternehmer gibt, die den Unterschied zwischen mein und dein nicht genau kennen. Für die Betriebsräte erwächst daraus die Pflicht, in ihren Betrieben darauf zu achten, daß die Versicherungsbeiträge nicht nur abgezogen, sondern auch abgeführt werden.

B. M., Berlin.

Die Lebensversicherung des amerikanischen Arbeiters.

Einer Erhebung des internationalen Arbeitsamtes entnehmen wir, daß der amerikanische Arbeiter im Durchschnitt 59,16 Dollar im Jahre oder 3,4 Proz. seines Lohnes als Prämienleistung für eine Lebensversicherung verausgabt. Diese hohe Lebensversicherung findet ihre Erklärung zum Teil im Fehlen jeglicher Altersverorgungsanstalten. Trotzdem muß die in obigen Zahlen zum Ausdruck gebrachte Bewertung der Lebensversicherung durch den Amerikaner doch überraschen. Auch der deutsche Arbeiter hat längst die Erkenntnis als Gemeingut, daß die staatliche Fürsorge nur ein Behelfsmittel für große Not ist und daß daneben die Lebensversicherung nicht entbehrt werden kann. Das Vorbild des amerikanischen Arbeiters sollte daher bei uns in der Weise Beachtung finden, daß ein angemessener Betrag für Lebensversicherungsprämien bestimmt wird. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften und Genossenschaften, schließlich Versicherungen bei einer monatlichen Prämienzahlung ab, die jedem Werttätigen das Eingehen einer Versicherung ermöglicht.

Die Papierfabrik in Cospuden.

Zu den ältesten deutschen Papierfabriken gehört die noch heute im Betrieb befindliche zu Cospuden bei Leipzig. Bereits im Jahre 1575 — und zwar am 25. August — stellte der sächsische Kurfürst seinem Kammerjunker und Hauptmann des erzgebirgischen Kreises, Wolf v. Schönberg aus Knauthain, ein Privileg aus, auf dem ihm gehörigen Rittergut Cospuden an der Baischte (Pagschte) eine „neue Papiermühle“ zu errichten. In diesem Privilegium lesen wir (Leipziger Ratsarchiv, II. Lekt. I./809)

„... daß nach erbauung solcher seiner Papiermühlen, und solange dieselbe ganghaftig erhalten und gefördert wirdet, innerhalb fünf Meilen weges von derselben an ringsumher zu rechnen und auszumessen, keine neue Papiermühle soll erbauet, angerichtet noch gestattet werden, Bey welcher Freiheit wir und unsere Erben sich auch künftig gnädigst weilen lassen, auch schützen und handhaben wollen.“

Die jeweiligen Besitzer der Cospudener Papiermühle ließen sich dieses Recht, das eine Gründung einer Papierfabrik in Leipzig unmöglich machte, mehrfach, meist beim Regierungswechsel, bestätigen, so am 5. Oktober 1661, am 22. November 1778 und am 5. März 1785. Das Lehnprotokoll zu Cospuden berichtet über diese erste und Jahrhunderte alte Papiermühle folgendes:

„1. Diese Papiermühle liegt am Pagschten Fluße und hat ursprünglich zum Rittergute Cospuden gehört, liegt auf Ritterguts Grund und Boden, und ist weder mit Neuerschotten noch mit Quaternen beschränkt. (War also steuer- und obgabefrei.)

2. Die Mühle selbst hat seit dem Jahre 1575 vom Kurfürsten Georg das Privilegium, ... daß Niemand innerhalb fünf Meilen Weges von derselben an ringsumher zu rechnen, eine neue Papiermühle erbauen darf.“

Als daher im Jahre 1818 der Leipziger Bürger Johann Ernst Tischendorf in seinen vor der Sandgrube gelegenen Häusern „eine Maschine zum Zerschneiden von Hadern“ aufstellen wollte, die ein Pferd in Bewegung setzen sollte, erbot sich der Besitzer der Mühle zu Cospuden Einspruch. Der Leipziger Rat befragte Tischendorf um seine Meinung, der erklärte, daß ja zu einer Papiermühle ein „starker, gutes Wasser haltender Strom, ein oder zwei Hölzer, acht Lochschirre oder 32 Stampfen, ein Hader Schneider, ein Rechen und eine Fitzwäsche“ gehörten, während er nur

„eine zur Fertigung der Pappe eingerichtete Maschine besitze, die aus nichts als einem kleinen Hölzchen bestehe, welcher entweder durch drei Menschen oder ein Pferd in Bewegung gesetzt werde. Auf seiner Maschine werde Papier zermalm, um Pappe daraus zu machen. Er besitze diese Maschine schon seit zehn Jahren, und kein Mensch habe ihm bisher deshalb Eintrag getan, übrigens hätten auch seine Begner Waagen in ihren Bütten, worin sie die Pappen anfertigten. Es müsse ihnen deshalb gleichgültig sein, ob er in kaltem oder warmem Wasser arbeiten lasse.“

Trotzdem ging Tischendorf mit den Besitzern der Cospuder Mühle, den Brüdern Schletter in Leipzig, einen Vergleich ein, nach dem er sich bereit erklärte, 300 Taler zu bezahlen, wofür ihm die Schletter'schen Erben gestatteten

„in seinen Anlagen Druckpapier aus altem Papier fertigen zu lassen, auch sollte diese Erlaubnis auf seine Nachkommen ausgedehnt werden. Er mußte sich aber verpflichten, kein Papier — es heiße wie es mag — aus Hadern zu fertigen!“

Als zehn Jahre später der Leipziger Bürger Karl Gottfried Schneider auf seinem Grundstück im Johannisstade vor der Sandgrube zum Zwecke der Fabrication von Papier und Pappe eine Rohmühle mit einem „Lumpenhöcker“ mit den erforderlichen Stampfen“ anlegen wollte, stand abermals das Cospudener Privileg der Entwiklung der Leipziger Papierfabrikation hemmend im Wege. Auch jetzt erhoben die Besitzer dieser privilegierten Mühle Einspruch, zumal Schneider noch die Stampfen der städtischen Nonnenmühle gepachtet hatte, die vorher der Schnupftabak- und Delbereitung gedient hatten, und die jetzt das Mühlenrad hier einen zweiten Hölzchen treiben. Schneider ließ es auf einen Prozeß ankommen. Der sächsische König aber kam diesem zuvor, hob das nicht mehr zeitgemäße Privileg und sein 350jähriges

Verbletungsrecht auf und gab Schneider die Erlaubnis zur Anlegung einer Papier- und Pappenfabrik in Leipzig. Arno Rapp, Leipzig.

Farbensymbolik und Buchkunst.

Von Dr. Th. Wolff, Friedenau.

I.

Nur in wenigen gewerblichen Gebieten spielt die Farbe eine so große und bedeutende Rolle wie in den zahlreichen und verschiedenartigen Zweigen der graphischen Kunst und der Buchkunst. Ist doch die graphische Kunst, also die Kunst des Schreibens und der Schriftenervervielfältigung, aus der Materie, dem eigentlichen und ursprünglichen Gebiete der Farbwirkung und des Farbengebrauches, hervorgegangen, wie wir aus der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der graphischen Technik wissen, und diesen ihren Ursprung von der Kunst der Farbe verleugnet auch die heutige Graphik nicht. Schrift und Bild bedürfen zu ihrer vollen graphischen Wirksamkeit der Farbe, und die Auswahl und Anwendung der Farben für die Zwecke der Schriften- und Bildervervielfältigung sind ein eigenes Kapitel der graphischen Technik. Freilich, das Massenerzeugnis der graphischen Technik, die Zeitung, begnügt sich mit den beiden Hauptfarben Schwarz und Weiß, darüber hinaus aber suchen mehr oder weniger alle graphischen Erzeugnisse das Spiel der Farben wirken zu lassen, und zwar nicht nur beim Bildruck, der die Farbe naturgemäß in erster Linie benötigt, sondern ebenso auch beim Schriftdruck, der, nachdem er lange Zeit hindurch sich der Nüchternheit des bloßen Schwarz-Weiß hingegeben hatte, gerade in der letzten Zeit sich wieder in verstärktem Maße auf die Farbwirkung besonnen und sich dieser zugewandt hat. Und was von der Druckerfarbe gilt, trifft auch für das Druckpapier zu, das heute ebenfalls wieder viel mehr als bisher mit der Wirkung der Farbe gepaart wird, um das günstigste und wirkungsvollste typographische Bild zu erzeugen.

Diese Bedeutung, die der Farbe in dem Gesamtgebiet der graphischen Kunst und Technik zukommt, gibt auch der symbolischen Bedeutung der Farben überall dort, wo diese für graphische Zwecke benötigt und verwendet werden, einen besonderen Wert. Ist doch die symbolische Bedeutung der Farben eine besondere Seite der Farbkunst, an der kein farbengebrauchender Gewerbezug vorübergehen kann. In ihr prägt sich eine überaus interessante Seite des menschlichen Gemüts- und Geisteslebens aus, dem überall, wo Farben zur Anwendung und Wirkung gelangen, weitgehend Rechnung getragen wird. Spielt sich doch das ganze menschliche Leben mehr oder weniger im Lichte der Farben ab, die bei allen Vorgängen, die für das menschliche Leben von Wert und Wichtigkeit sind, als ständige Begleiter auftreten und daher gleichsam symbolische Bedeutung für solche Vorgänge erhalten haben. Weil beispielsweise die blühende Gesundheit sich in roten Wangen bekundet, verknüpfte der Mensch die rote Farbe überhaupt mit dem Begriff des Gesunden, Lebensvollen und Lebenskräftigen, machte er Rot zum Symbol der Gesundheit und des gesunden Lebens und in erweitertem Sinne auch zum Symbol der Kraft, der Liebe und der starken Leidenschaft, die aus der Gesundheit des Leibes geboren werden. Allgemein wirkt Rot als eine „kräftige“ Farbe auf uns, die überall da zur Anwendung gelangt, wo eine besondere Wirkung von der Farbe verlangt wird. Das kommt auch in der Graphik in zahllosen Fällen zum Ausdruck. Um ein Beispiel anzuführen, so sind in den letzten Jahren einzelne Zeitungen dazu übergegangen, auch rote Farbe zur Hervorhebung bestimmter Teile, besonders des Inseratenteils zu verwenden, die sich auf diese Weise aus dem nüchternen Schwarz-Weiß des Zeitungsblattes am wirkungsvollsten ausnehmen. Ebenso ist Rot die wirkungsvollste und am meisten verwandte Farbe bei Umschlag und Einband des Buches, besonders dem der schönen Literatur. Eine bestimmte Nuance von rotem Papier ist seiner besonderen Wirkung wegen den amtlichen, besonders auch polizeilichen Bekanntmachungen vorbehalten und hat in dieser Verwendung schon nahezu symbolische Bedeutungen als „Amtsrot“ oder „Polizeitrot“ erlangt.

Bereits die Völker des Altertums, wie Ägypter, Äthyer, Juden, dann vor allem aber auch Griechen und Römer, die für uns in erster Linie die Vertreter der Kultur des Altertums sind, bildeten Symbol-

farben und Farbensymbole, und ebenso können wir auch schon im Altertum die enge Verknüpfung zwischen der symbolischen Bedeutung der Farben und allen graphischen Künsten verfolgen. Und jenem Brauch ist die Menschheit bis zur heutigen Generation treu geblieben, die ja sogar oftmals eine besonders tief ausgeprägte Neigung zur Symbolisierung erkennen läßt, wie es nicht nur in der darstellenden und graphischen Kunst, sondern ebenso auch in der Literatur und Poesie, ja selbst der Politik der Fall ist. Spielten doch beispielsweise während des Weltkrieges die „Weißbücher“, „Gelbbücher“, „Rotbücher“ usw. als politische Dokumente eine ebenso bedeutende wie symbolische Rolle. Noch stärker freilich drückt sich die Neigung der Völker zur Symbolisierung in der Politik darin aus, daß sie von jeher bestimmte Farben- und Zeichenstellungen zu „Nationalfarben“ erhoben, die auf Fahnen und Flaggen zu Wahrzeichen der Nationen geworden sind, und eine der ersten Aufgaben, die nach Beendigung des Weltkrieges den entstandenen neuen Staaten und Staatsformen zufiel, bestand darin, die neuen Nationalfarben zu bestimmen. Besonders das Kriegswesen zeigt eine ausgesprochene Neigung zur Farbensymbolik, die sich nicht nur in der Kriegsfahne und sonstigen Kriegszeichen, sondern auch in der Farbe der Kriegskleidung oder den besonderen Farben der einzelnen Truppenteile bekundet. Das Blau der deutschen Uniform war ebenso bekannt und charakteristisch wie das Rot der französischen. Aber auch Kriege selbst sind wiederholt farbig symbolisiert worden; das bekannteste Beispiel dieser Art dürfte wohl der lange, über 30 Jahre währende Krieg der Roten und Weißen Rose gewesen sein, der von 1452 bis 1485 zwischen den englischen Geschlechtern der York und Lancaster um die Herrschaft tobte und so nach den Feldfarben der beiden kämpfenden Geschlechter genannt worden ist.

Se nach Zeit, Land und Leuten weisen freilich die Farbensymboliken der verschiedenen Völker sehr große Verschiedenheiten auf, da einerseits ihrer Bedeutung und überhaupt ihrem ganzen Wesen nach sehr verschiedene Erscheinungen doch in derselben Farbegleitung auftreten können, andererseits die Verschiedenheit der Erscheinungen und Vorgänge auch zu einer sehr verschiedenen Symbolisierung derselben Farbe führte. Beispielsweise ist Rot als Farbe der Wangen nicht nur das Kennzeichen der Gesundheit und daher das Symbol des Lebens und der Liebe, die aus der Gesundheit hervorgehen, sondern es tritt auch in Erscheinung, wenn uns der Jörn das Blut in die Wangen treibt. Daher gilt das Rot bei vielen Völkern und besonders in vielen altertümlichen Farbensymboliken als Farbe des zornheißen Blutes und zugleich als Symbol des Jörnens selbst und der blinden vernichtenden Wut, hat hier also die gerade entgegengesetzte Bedeutung wie das bei uns geltende Farbensymbol der Liebe. Auch das rote Tuch, das den Stier in Wut und Raserei versetzt, mag zu dieser Symbolisierung beigetragen haben.

Berichte.

Bremen: Zu einem eindrucksvollen Erlebnis gestaltete sich unsere Versammlung vom 13. Dezember, die mit einer Jubilarfeier verbunden war. Es gollt neben fünf Jubilarern insgesamt 16 Kollegen in der üblichen Weise zu ehren. Auch die Frauen unserer Mitglieder waren der Einladung recht zahlreich gefolgt, doch von unseren Mitgliedern selbst hätte die Veranstaltung besser besucht sein können. Kollege Kornacker, Hannover, schilderte in recht anschaulicher Weise das Entstehen und Erstarben der Gewerkschaften, speziell unseres Verbandes. Er konnte in seinem Vortrag den Einfluß der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nachweisen. Zum Vergleich ließ er die traurigen Arbeitsverhältnisse aus den achtziger Jahren vor uns erscheinen. Daß unserer Verband heute eine starke Macht geworden, ist auch unseren heutigen Jubilaren, die ihn 25 Jahre und länger die Treue gehalten haben, mit zu danken. Vergleiche zwischen früher und jetzt zeigten u. a. auch die Vorteile, die die verschiedenen Unterstufungsarten unseres Verbandes bieten. Auch die „auf der Waise“ sich befindenden Kollegen haben es nicht mehr notwendig, das Schlafgeld durch „Rintenkuchen“ zusammenzufechten. Erfreulich ist auch, daß die trottsche Wirtschaftslage, mitverschuldet durch Ueberorganisation, den Aufstieg der Mittelabzahl unseres Verbandes nicht wesentlich beeinflussen konnte. Wenn heute unsere Unternehmer einen Lohnabbau brutal verlangen, dann muß diesen mit verstärkter Macht entgegengetreten werden. Mit diesem Appell an die Kollegenschaft und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß Kollege Kornacker seinen Vortrag. In den lebhaften

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 2. Wochenbeitrag für 1931 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Beifall fiel die Musik ein mit dem Lied der „Arbeitsmänner“, das von allen Anwesenden mitgesungen wurde.

Mit Dank an den Redner und an die Jubilare hielt der Vorsitzende unserer Zahlstelle an die letzteren eine herzliche Ansprache. In treffenden Bildern entrollte er die Bremer Verhältnisse von vor 25 Jahren, die Schwierigkeiten der damaligen Zeit in organisatorischer Hinsicht, aber auch in der Folge den Aufstieg unserer Zahlstelle. Bei der Ueberreichung der Ehrenurkunden wurden der Dank und die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes, sowie der Bremer Kollegenschaft zum Ausdruck gebracht. Der Kreis der Jubilare setzt sich zusammen aus folgenden Kollegen: Harimann 37 Jahre Mitglied, Goldbach 33 Jahre, Moh und Weltner 32 Jahre, Friede 30 Jahre, Hermann und Behrens 28 Jahre, Koberg, Jakubowski, Zahnmann und Drögemüller 27 Jahre, Wendt 26 Jahre, Witt, Schnelle, Schmidt und Willehr 25 Jahre Mitglied. Mit dem treuen Gelübnis: „Einer für alle und alle für einen, auch in Zukunft fest zum Verband zu stehen, der Jugend als anfeuerndes Beispiel“ ließ der Vorsitzende seine Rede ausklingen in ein Hoch auf die Jubilare. Anschließend gedachte unser Gauleiter, Kollege Wülfert, Hamburg, der auf der Durchreise ebenfalls bei uns weilte, mit kernigen und zum Teil humorvollen Worten der Hausfrauen, die häufig die Beitragszahlung für den Mann zu erfüllen haben und so auch ihrerseits zur Stärkung der Gewerkschaften beitragen.

Zum Schluß richtete noch der Vorsitzende des graphischen Kartells in Bremen, Buchdruckerkollege Bödenkröger, anfeuernde Worte an die amtierenden im Sinne gemeinsamer agitatorischer und organisatorischer Arbeit. Damit war der offizielle Festakt zu Ende, doch noch bis in die frühen Morgenstunden hielten die Anwesenden bei fröhlichem Tanz und gemühtlichem Beisammensein aus. Dieser Tag wird bei allen die beste Erinnerung zurücklassen.

Halle: In unserer Mitgliederversammlung, die am 13. Dezember stattfand, sprach nach Erledigung der „Gingänge und Mitteilungen des Vorstandes“ Kollege Machner, Weimar, über „Die Aufgaben der Gewerkschaften und die Stellung der Parteien zu ihnen“. Die Ausführungen des Referenten fanden aufmerksame Zuhörer. Zum Schluß seiner Rede ging Machner auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen ein. In der sich anschließenden Ansprache erwähnte ein Redner unsere Jugend, sich mehr um die Gewerkschaftsarbeit zu kümmern und nicht die Früchte der Organisationsarbeit, die die alten Kämpfer in vielen Jahren mühsam errungen haben, preiszugeben. Ein anderer Redner ging auf den zurzeit betriebenen Preisobbauschwindel näher ein. Aus der Mitte der Versammlung wurde darauf nachstehende Entschließung eingebracht:

„Die am 13. Dezember versammelten Buchbinder und Papierverarbeiter in Halle erwarten vom Hauptvorstand, daß er bei den im Januar stattfindenden Lohnverhandlungen auf keinen Fall einen Lohnabbau zustimmt. Die Versammelten erwarten weiter, daß von der Verbandsleitung schon jetzt Schritte unternommen werden, um im ganzen Reich schärfste Abwehrmaßnahmen zu treffen. Ueber Annahme ohne Ablehnung eines evtl. Schiedspruches sollten die Mitglieder selbst entscheiden. Auf keinen Fall darf einem Schiedspruch zugestimmt werden, der dem im Berliner Metallarbeiterkampf gefällten Spruch gleich sieht. Jeder Versuch der Unternehmer, unsere ohnehin niedrigen Löhne zu kürzen, ist mit Arbeitseinstellung zu beantworten.“

Diese Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Hirschberg. Am 16. Dezember hielt unsere Zahlstelle ihre fällige Monatsversammlung ab. Diese war gut besucht, trotzdem am Nachmittag bereits eine Kartonnagerversammlung stattgefunden hatte. In dieser konnte Kollege Brucks feststellen, daß die Kollegenschaft entschlossen ist, alles daran zu setzen, um den angelegten Lohnabbau zu verhindern. In der Abendversammlung referierte Kollege Brucks über „Was erfordert die Arbeitsmarktlage von den Gewerkschaften“. In zweistündigem Referat behandelte er die Dinge in verständlicher Form, so daß reichlich Beifall seine Mühe lohnte. Die Rindigungen des Tarifes der Kartonnager und des Bezirkstarifs der Fästen- und Beutelindustrie waren die weiteren Behandlungspunkte des Abends. Man konnte feststellen, daß trotz der

Ungunst der Lage die gesamte Kollegenschaft gerüstet den Dingen entgegengeht. Trotz Arbeitslosigkeit und dauernder Kurzarbeit hat es die opferbereite Mitgliedschaft ermöglicht, die vom Verbandsvorstand gezahlten Unterstütlungen zu verdoppeln. Mit Genehmigung wurde die Weihnachtshilfe des Gauvorstandes begrüßt. Die Versammlung konnte geschlossen werden

mit dem Empfinden, daß jeder an seinem Platze in den nächsten Tagen und Wochen dazu beitragen wird, die Reihen dichter zu schließen, um die Schlagkraft des Verbandes zu heben. Mit einem „Glückauf ins neue Jahr“ war die Versammlung beendet. Die Generalversammlung findet am zweiten Dienstag im Januar statt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Für die mit Ende des Jahres 1930 vollgestellten Mitgliedsbücher werden neue Bücher ausgestellt. Das Einkleben von Erfahblättern mit Rubriken für die Beitragsleistung darf nicht mehr erfolgen. Soweit in den Vorjahren schon Erfahblätter in die alten Bücher eingeklebt wurden, sind auch diese Bücher sämtlich zur Erneuerung mit einzusenden, selbst dann, wenn auch noch nicht alle vier Seiten dieser Erfahblätter mit Beitragsmarken besetzt sind.

Außer den vollgestellten Mitgliedsbüchern sollen nun auch alle diejenigen Bücher erneuert werden, in denen noch Beitragsmarken aus den Jahren 1923 und 1924 kleben, um dadurch für die in dieser Zeit nicht ordnungsgemäß geleisteten Beiträge die richtige Umrechnung durchzuführen. Es sind daher auch alle diejenigen Bücher zur Erneuerung mit einzusenden, die vor dem 1. Januar 1925 ausgestellt wurden, auch wenn darin noch nicht alle Seiten der Beitragsrubriken mit Marken besetzt sind.

Die Umschreibung der Bücher erfolgt durch den Verbandsvorstand. Die Inhaber solcher Bücher bitten wir, schnellstens ihre Beitragspflicht (bis einschließlic 52. Woche) zu erfüllen und die Bücher dann sofort an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung zur Weitergabe an uns einzuliefern. Die Verwaltungen ersuchen wir, in jedem dieser Bücher die Eintragungen auf der Titelseite genau nachzuprüfen und, wenn notwendig, zu ergänzen, wobei zu beachten ist, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers mit vollem Vor- und Zunamen tragen muß. Dann ist auch darauf zu achten, daß beitragsfreie Wochen als solche kenntlich gemacht und alle übrigen Wochenfelder mit Beitragsmarken besetzt sind. Eingeladene Bücher, die dem nicht entsprechen, müssen von uns zurückgegeben werden.

2. Mitgliedskarten, die bereits mit 52 Beitragsmarken besetzt sind, bitten wir nur dann zum Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch einzusenden, wenn darin die Beiträge bis Ende des Jahres 1930 eingetragen sind.

3. Arbeitslosenstatistik. Das in den letzten Tagen verkaufte Material zur Arbeitslosenstatistik fehlt noch von einer Reihe der Zahlstellen und Gaus.

Wir bitten daher recht dringend, uns sowohl die Berichtskarten zur Arbeitslosen- wie zur Konjunkturstatistik umgehend zuzusenden zu wollen.

4. Materialverfand. An die Gauleiter und Bevollmächtigten der Zahlstellen ist in den letzten Tagen folgendes Material zum Jahresbericht verfanbt worden:

- 1. Fragebogen zur Tarifstatistik.
- 2. Berichtskarten betr. Betriebsrätebewegung.
- 3. Berichtskarten betr. das Bildungswesen.
- 4. Rundschreiben 210 vom 18. Dezember 1930 betr. Entwurf eines Fragebogens zur Berichterstattung über die Jugendarbeit im Jahre 1931.

Wir bitten, die Termine zu 1 bis 3 möglichst pünktlich einzuhalten und uns umgehend Mitteilung zu machen, falls das oben aufgeführte Material an einer Stelle nicht eingetroffen ist. Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Jahreswende — Schicksalswende?
- Zum Jahreswechsel.
- Der Ausblick des ADGB.
- Unsere Unternehmer fordern Lohnabbau!
- Internationales: Tarifverlängerung mit Lohnerhöhung in Holland. — Beiträge und Unterstütlungen in Norwegen. — Förderung des sachlichen Sinnes in Dänemark.
- Zur Unterfaltung: Zwei Missetäter I. — Hunger in den Lehrjahren.
- Aus der Sozialversicherung: Sinnprüche. — Der Gesundheitszustand in Deutschland. — Fort mit der Abonnementversicherung. — Änderungen in der Arbeitslosenunterfaltung für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. — Beitragshinterziehungen und doch Ehrenmänner. — Die Lebensversicherung des amerikanischen Arbeiters.
- Die Papierfabrik in Cospuden.
- Farbensymbolik und Buchkunst. I.
- Beichte: Bremen. — Halle. — Hirschberg.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Vollgestellte Mitgliedsbücher und -karten. — Arbeitslosenstatistik. — Materialverfand.
- Sterbetafel.

Sterbetafel.

Im Monat Dezember sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:
Annaberg-Buchholz: Hermann Grund, Prägereiarbeiter, 58 Jahre, Magenleiden.
Berlin: Gertrud Andres, Buchbindereiarbeiterin, 24 Jahre, Herzklappenfehler.
Brandenburg: Anna Dießing, Prägerin, 27 Jahre, Herzleiden.
Dresden: Robert Rupp, Kartonnagenzuschnelder, 71 Jahre, Altersschwäche.
Essen: Hedwig Rohde, Buchbindereiarbeiterin, 24 Jahre, Kehlkopfleiden.
Hamburg: Walter Höft, Antiker, 18 Jahre, Herzleiden.
Hannover: Anna Döring, Falzerin, 55 Jahre, Herzföhmung.
— Paul Berend, Buchbinderinwalde, 69 Jahre, Lungenentzündung.
Celzig: Toni Enders, Kartonnagenarbeiterin, 36 Jahre, Lungen Schlag.
— Ditto Georgi, Buchbinder, 56 Jahre, Lungenleiden.
— Karl Beyser, Buchbinder, 59 Jahre, Herzschlag.
— Emil Jabel, Buchbinder, 63 Jahre, Herzschlag.
Minden: Albert Frederting, Buchbinder, 33 Jahre, Lungenleiden.
Odenburg: Annemarie Jannßen, Buchbindereiarbeiterin, 18 Jahre, Lungenleiden.
Stuttgart: Leo Bailer, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag.

Allen ein ehrendes Andenken!